

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postweg monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Streifenhand für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Frau Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtspaltige Normalzeile oder deren Raum 1.20 M., Wortanzeigen das letzte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Teuerungszuschlag 10 Proz. Bei Familien- u. Veranlassungsinseraten 1/2 der Zuschlag tritt. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens die 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Unseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Frau Norden 2768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Einigung im Elektrizitätsarbeiterstreik.

### Die Bedingungen zur Arbeitsaufnahme.

Gestern, Sonntag, tagte in der Stadthalle eine Betriebsversammlung sämtlicher im Streik befindlicher Arbeiter der Städtischen Elektrizitätswerke. Der Bevollmächtigte des Maschinen- und Heizerverbandes gab einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen, die infolge der Verhaftung verschiedener Funktionäre stattgefunden haben. Er teilte mit, daß das Reichsministerium gewillt war, die Entlassung sofort vornehmen zu lassen, sobald die Arbeit aufgenommen würde. Die Direktion des Städtischen Elektrizitätswerkes machte es jedoch zur Bedingung, daß verschiedene Entlassungen vorgenommen werden müßten, um die Ruhe in den Betrieben wieder herzustellen. In 5 Punkten versuchten die Direktoren die Arbeiterchaft festzulegen. Von den Vertretern der Arbeiterchaft wurde es jedoch abgelehnt, auf diese Bedingungen einzugehen. Nach einstündigem Verhandeln zwischen der Direktion und der Verhandlungsleitung der Maschinen- und Heizer kam folgende Vereinbarung über die Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zustande:

1. Die Arbeit wird in vollem Umfang von allen bisher Beschäftigten Arbeitern wieder aufgenommen.
  2. Eine Belästigung derjenigen Arbeiter, die während des Streiks gearbeitet haben, findet nicht statt.
  3. Wegen die tarifliche Bezahlung derjenigen Personen, die während des Streiks gearbeitet haben, werden keine Einwendungen erhoben.
  4. Das gegen einzelne Arbeiter vorliegende Belastungsmaterial wird geprüft werden. Ist nach dem Ergebnis der Prüfung keine Weisung des Streikhofes möglich, so sind die Entscheidungen der Direktion oder des Magistrats einem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten. Dieser setzt sich aus drei von der Direktion bzw. dem Magistrat und drei von den Arbeitnehmern des St. E. W. zu benennenden nichtbeteiligten Vertretern unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz zusammen. Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Spruch ist für beide Teile bindend.
  5. Eine Bezahlung der Streikzeit wird nicht gefordert.
  6. Es wird für die Zukunft festgesetzt, daß bei Streiks die Arbeiter nur die Arbeit niederlegen bzw. den Betrieb verlassen, nicht dagegen irgendwelche über ihren Pflichtkreis hinausgehende Eingriffe in den Betrieb vornehmen.
  7. Sobald die Arbeiterchaft die vorstehenden Bedingungen angenommen hat, wird die Direktion der St. E. W. von der Annahme der Bedingungen dem Reichswehrminister unverzüglich Mitteilung machen. Ebenso verpflichtet sich die Direktion, der St. E. W. dem Reichswehrminister die Aufnahme der Arbeit in dem Betrieb unverzüglich mitzuteilen, damit gemäß den zwischen dem Reichswehrminister und der Arbeiterchaft getroffenen Abmachungen die Entlassung der verhafteten Arbeiter erfolgen kann.
- Diese Bedingungen wurden nach kurzer Debatte gegen 8 Stimmen angenommen. Die Arbeiterchaft hat mit der Annahme dieser Bedingungen erneut ihre Bereitwilligkeit kundgegeben, die Konfliktsituation nicht zu steigern. Die Arbeiterchaft ist aber auch fest entschlossen, falls diese Bedingungen von der Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke nicht gehalten werden, sofort ihre Maßregeln wieder zu treffen.
- Die Arbeit wurde gestern um 10 Uhr wieder aufgenommen.

### Bekanntmachung der Streikleitung.

Von verschiedenen Stellen werden allerlei Nachrichten über die Wiederaufnahme der Arbeit in die Presse gebracht, die den durchsichtigen Zweck verfolgen, die Öffentlichkeit und vor allem die Streikenden irreführen. Aus diesem Grunde geben wir nochmals folgendes bekannt: Die Wiederaufnahme der Arbeit darf nur auf Beschluß und Anordnung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission und der Künzschnerkommission erfolgen. Um die Einheitslichkeit der Bewegung nicht zu gefährden, ersuchen wir alle Organisationen, Arbeiterräte und Arbeitsgemeinschaften, selbständige Aktionen nicht zu unternehmen. Alle diesbezüglichen Schritte sind nur auf Beschluß und im Einvernehmen mit der Künzschnerkommission zu unternehmen. Die in der bürgerlichen Presse verbreiteten Berichte der „Technischen Nothilfe“ über ihre Tätigkeit sind unwahr. Es wird behauptet, daß nach Eingreifen der „Technischen Nothilfe“ die Arbeiter einzelner lebenswichtiger Betriebe sich anständig haben, die Arbeit wieder aufzunehmen.

So wird auch mitgeteilt, daß das Erscheinen der „Technischen Nothilfe“ die Arbeiter der Berliner Postdruckerei zur Aufnahme der Arbeit veranlaßt habe. Auch diese Behauptung ist unwahr. Hier ist die Beendigung des Streiks wie noch in einigen anderen Fällen auf Veranlassung der Künzschnerkommission erfolgt. Wir fordern unsere im Auslande befindlichen Kollegen nochmals dringend auf, solchen Falschmeldungen keine Bedeutung beizulegen, oder sich irreführen zu lassen, der Zweck dieser Machenschaften ist, die Arbeiterchaft irreführen.

Die Künzschnerkommission. Gewerkschaftskommission der Gewerkschaften Groß-Berlins.

Auf die gestrige Mitteilung der Streikleitung des Metallarbeiterverbandes, daß, weil die Forderung wegen Zurückziehung der Technischen Nothilfe nicht gehalten worden sei, die Wiederaufnahme der Arbeit der Maschinen- und Heizer nicht erfolgen konnte, sendet uns das Oberkommando Noske folgende Verächtigung:

Auf Grund des § 11 des Reichspressgesetzes vom 7. 3. 1874 werden Sie ersucht, folgende Berichtigung aufzunehmen: Die von dem Herrn Oberbeschäftigten am 17. 10. abends an die Vertreter der Künzschner- und Gewerkschaftskommission gemachte Aussage lautet: „Ich erkläre: Sowar die Maschinen die Arbeit in den lebensnotwendigen Betrieben aufnehmen, soll meine Verfügung von heutigen Tage sein. Zu gleicher Zeit wird die Nothilfe zurückgezogen.“ Die aufgestellte Behauptung „Die gegebene Zusage ist nicht gehalten, die Technische Nothilfe macht also die Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich“ ist mithin tatsächlich unrichtig. Von Seiten des Oberkommandos der Chef des Generalstabes u. Oberhäupten, Generalmajor.

### Der neueste Noske-Erlass.

Berlin, 19. Oktober.

Der Oberbefehlshaber (Gen.) Noske erläßt folgende Verordnung:

Auf Grund des § 1b des Gesetzes über den Belagerungszustand verleihe ich für den unter Belagerungszustand stehende Gebiet — Landbesitzgebiet Berlin, Stadtteil Spandau, Landkreis Teltow und Niederbarnim — jede wirtschaftliche Bedrohung und Schädigung (Wohltat) der Angehörigen der Technischen Nothilfe und ihrer Familienmitglieder, sowie die Aufforderung und Anreizung zum Boykott.

Herner verbiete ich die öffentliche schriftliche Beschimpfung oder Verhöhnung der Technischen Nothilfe in der Presse, in Flugblättern und Broschüren.

Ruhestörungen sind auf schnellstem Wege zur Kenntnis des Oberkommandos (Abteilung I c, Wendlerstraße 13) zu bringen. Sie werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, falls die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe androhen.

Mit diesem Erlass wird den Gewerkschaften erneut der Kampf angeblasen, denn die Gewerkschaftskommission der Groß-Berliner Gewerkschaften hat ihren Mitgliedschaften den Ausschluß derjenigen Mitglieder, die sich der Technischen Nothilfe zur Verfügung gestellt haben, empfohlen. Ob sich die höchsten Gewerkschaftsinstanzen endlich in Bewegung setzen, um diese freie Bedrohung der Arbeiterrechte abzuwehren?

### Freiheit oder Scham?

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Sonntag-Ausgabe die Mitteilungen der Technischen Nothilfe. Es heißt da: Viele hundert Arbeiter haben sich bei der Technischen Nothilfe gemeldet, um die Stilllegung der lebenswichtigen Betriebe zu verhindern.

Nun ist die Feststellung interessant, daß es in der Meldung der Technischen Nothilfe heißt: Auf den Aufruf der Berliner Parteileitung der sozialdemokratischen Partei hin haben sich gestern viele Hunderte usw.

Verdächtig unterläßt der „Vorwärts“ diese einleitenden Worte der Meldung. Ist das nun ein Rest von Scham oder ist es Freigebigkeit? In derselben Nummer des „Vorwärts“, zwei Spalten vorher, preist er nämlich den Aufruf des Berliner Bezirksvorstandes der S. D. als „hochherzige Parteinahme für die bedrohte Bevölkerung“. Sie jodeln sich ab, die armen „Vorwärts“-Männer, um es ihren Genossen in der Regierung recht zu machen. Wir bedauern die Ohrfeigen nicht, die sie sich dabei selbst verzeihen. Sie verdienen es nicht besser.

### Anschauungsunterricht.

Noske verbietet — Noske erlaubt! In buntem Wechsel jagen sich Befehl und Gegenbefehl. Und im Wirrwarr der Erscheinungen wird es den journalistischen Laienspielern leicht, Wahrheit in Lüge zu wandeln.

Der Streik der Metallarbeiter geht zu Ende. Wie erwünscht allen Echoröchern dieser Streik war, und wie unbedeutend ihnen diese Ende ist, zumal es einen Teilerfolg der Arbeiter bedeutet, zeigen die Begleiterscheinungen der letzten Kampfesphase. Die bürgerliche Presse führt ein letztes Aufgebot von Verdrehungen und Fälschungen ins Feld, und die Regierung benutzt das Stadium der Friedensverhandlungen, um durch scharfe Maßnahmen gegen die Streikenden und durch den völlig unnötigen Einsatz von technischen und militärischen Sicherheitstruppen einen letzten Versuch zur Erschütterung der Arbeiterfront und der ruhigen Sicherheit der Kämpfenden zu machen.

Noske verbietet den Streik der Maschinen- und Heizer, gesteht aber bald darauf die Zurückziehung der „Technischen Nothilfe“ zu, falls die Maschinen- und Heizer die Arbeit in den lebensnotwendigen Betrieben wieder aufnehmen. Die gewünschte Zusicherung kann durch die Streikleitung und die Vertretung der Berliner Gewerkschaften leicht gegeben werden, da ohnehin nie die Absicht bestand, wirklich lebenswichtige Betriebe durch den Streik stillzulegen.

Noske aber behält Geißeln in der Hand. Er hat einige Arbeiterführer verhaften lassen und gibt sie nicht heraus — oder, was wichtiger sein dürfte, seine Geißeln gestatten die Entlastung ihrer Opfer nicht. Die Arbeiter machen die Entlassung der Verhafteten zur Bedingung für die Aufnahme der Arbeit auf der ganzen Linie, halten sich aber streng an die gegebene Zusicherung, die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben sofort aufzunehmen.

Ein neuer Konflikt droht, und freudig stürzt sich die ganze Presse auf die Deute. Mit dem schnellen Rückzug Noskes ohnehin höchst unzufrieden, wittert sie eine neue Gelegenheit zu gesteigerter Begehr gegen die Gewerkschaften.

Noske kann sich in den Unterredungen mit den Gewerkschaftsführern deren Argumenten nicht entziehen. Es waren einst — in früheren Tagen, die, obwohl er bedauert, sie geliebt zu haben, doch seine besseren Tage waren — seine eigenen Argumente. Er gibt nach, um jedoch bald nach der Entfremdung der Arbeitervertreter anderen Einflüssen unterworfen zu sein, die von neuem an den starken Mann in ihm appellieren. Und darum verkündete am Sonnabend Abend die „autonome Stelle“, daß alles nicht wahr sei, daß Noske die „Technische Nothilfe“ nicht zurückziehen werde, bevor nicht die Aufnahme der Arbeit in allen städtischen Betrieben vollkommen durchgeführt sei.

Dieses innere Schwanken der Regierung kam nie so deutlich an den Tag, wie bei ihrer Einmischung in den Metallarbeiterstreik. Und es ist nirgends so gefährlich und so beargwünisch, wie in sozialen und ökonomischen Fragen. Eine Koalition-Regierung, in der die Parteien der Bourgeoisie das entscheidende Übergewicht hat, ist in allen Fragen der Sozialpolitik entweder unproduktiv oder reaktionär. Der blasse Schwimmer von sozialem Gewissen, der diesem und jenem Rechtssozialisten in der Regierung geliehen sein mag, wird erst durch den arbeitfeindlichen Willen der Bürgerlichen. Und die Feindschaft der Bourgeoisie gegen die Arbeiterchaft und vor allem gegen eine tatkräftige Gewerkschaftsbewegung war nie heftiger als jetzt. Es gilt, die Arbeiterchaft wieder aus allen ihren durch die Revolution erworbenen Positionen zu verdrängen und die Organisationen zu schwächen, damit sie unfähig werden, die Stelle der hierherauf am Wiederaufbau des Kapitalismus in seiner ganzen vornovemberlichen Größe arbeitenden Unternehmer zu füllen. Darum ist ihnen eine Gewerkschaftsbewegung anheim, die durch die Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften auf den grundsätzlichen Kampf gegen den Kapitalismus verzichtet und die Gewerkschaften selbst zu Instrumenten der Wiederverstellung des deutschen Wirtschaftslebens im Sinne der Unternehmer erniedrigt. Eine Gewerkschaftsbewegung aber, die — bei voller Verantwortlichkeit der Lohnkämpfe des Tages — doch ein Teil der großen Klassenbewegung des Proletariats bleibt und sich ihrer Pflichten gegenüber der Arbeiterklasse bewußt ist, ist dem Kapital gerade in dieser Zeit so verhasst wie die Pest.

Darum bekämpft sie diese Gewerkschaftsbewegung mit allen Mitteln. Jeder große Streik ist den Vertretern des Kapitals daher eine willkommenen Gelegenheit, die Maßnahmen des Staates gegen die Streikenden in Anwendung zu bringen. Da zu brauchen sie die Rücken ihrer Presse über



Die Motive der Streikenden, dazu brauchen sie staatlich organisierte Streikbrechergarden, deren Einsatz die Arbeiter in Erregung versetzt und — Gott gebe es — zu Unruhen hinführt, dazu brauchen sie Flinten und Maschinengewehre. Es ist eine Unwahrheit, wenn gesagt wird, die „Technische Nothilfe“ sei nur zur Erhaltung lebenswichtiger Betriebe bestimmt. Den Profithungrigen ist alles „lebenswichtig“. Und wenn die Lügenempfer im Berliner Zeitungsviertel einen Tag ruhen, dann findet man, daß die „Reichshauptstadt bedroht“ ist. Was heute als „Technische Nothilfe“ vor unseren Augen aufmarschiert, ist ein Anfang. Das Ziel ist die Organisation einer straff disziplinierten Streikbrechergarde, die fähig ist, jeden Lohnstreik unmöglich zu machen. Wollte man nur das, was man mit heuchlerischem Augenaufschlag als den Zweck der Sache ausgibt, so könnte man es erreichen durch eine sachgemäße Verknüpfung mit den Gewerkschaften. Aber man will die Wiederherstellung der „Gelben“ auf höherer Stufenleiter, der gelben Kapitalisten, die man in den Novembertagen den offiziellen Gewerkschaftsinflangen als Bedingung für den Eintritt in die „Arbeitsgemeinschaft“ zum Leben bringen mußte. Und heute lassen sich die Männer, die an der Spitze der Sechsmillionen-Organisation des deutschen Proletariats stehen, die Wiederkehr der Gelben als staatlich sanktioniertes Institut stillschweigend gefallen.

Sie schweigen, denn sie sind mit der rechtssozialistischen Partei auf Gedeih und Verderb verbunden. Und diese wieder ist mit der herrschenden Bourgeoisie und ihrer Politik untrennbar verknüpft. Nicht nur die Vertreter der Partei in der Regierung, sondern die ganze Partei. Sie muß das Mäntelchen sozialen Empfindens und sozialer Gerechtigkeit darstellen, unter dem die „Technische Nothilfe“ in aller Stille zu jener unbedeutenden Bedeutung anwachsen soll, die sie zu einem brauchbaren Instrument der wirtschaftlichen Gegenrevolution macht. Ihre Anfänge wie ihre Ziele gleichen ganz der Reichswehr, für die Rolle und die rechtssozialistischen ebenfalls die Bruchlinie abgeben haben, bis sie sich zum schlagfertigen Werkzeug der monarchistischen Reaktion entwickelt hatte. Und darum müssen die rechtssozialistischen, nachdem sie alle politischen Prinzipien des Proletariats verraten haben, nun auch zur Preisgabe der gewerkschaftlichen Grundsätze übergehen, müssen den Streikbruch als soziale Wohltat verherrlichen und für die „Technische Nothilfe“ werben.

Der „Vorwärts“ gibt ohne Kommentar die Nachricht wieder, daß auch in England unter Führung Lloyd Georges eine gleiche Streikbrechergarde gegründet werden soll, ein neuer Beweis für die internationale Solidarität und die geistige Verwandtschaft des kapitalistischen Imperialismus. Während sonst der „Vorwärts“ solche arbeiterfeindlichen Experimente wenigstens bekämpft, wenn sie im Ausland gemacht wurden, so zwingt ihn heute die Last seiner eigenen Sünden auch dazu zu schweigen.

Kraßer denn je kommt jedoch die geistige Verflechtung des „Vorwärts“ und der rechtssozialistischen zum Ausdruck im Leitartikel des Blattes von gestern, der sich mit der Stuttgarter Tagung des Metallarbeiterverbandes beschäftigt. Es heißt dort:

„Kapitalismus, Klassenkampf, Sozialismus, Weltrevolution — alle alten Schlagwörter aus der Sturm- und Drangperiode der Arbeiterbewegung begeisterten eine andächtige Zuhörerschaft. „Revolution bis zum Sozialismus“ war der Kampfruf! Das war aber auch alles.“

Wir trauften kaum, daß diese Worte, in denen sich das ganze revolutionäre Wollen der Arbeiterklasse spiegelt, dem „Vorwärts“ nur noch als „alte Schlagwörter“ gelten. In diesem offenen Bohn auf die Revolution und den Klassenkampf des Proletariats mag nun auch die rechtssozialistische Arbeiterkraft erkennen, was Geistes Kräfte dort am Werke sind.

Aber alle die Herren irren. Auch mit Hilfe der rechtssozialistischen wird ihnen im Falle der „Technischen Nothilfe“ und ihrer sonstigen antivoluntären Gesetzmacherei und Verwerflichkeit nicht gelingen, was ihnen im Falle der Reichswehr gelungen ist. Hier werden die nächstliegenden Interessen der Arbeiterklasse berührt. Und wenn in weiten Kreisen der Arbeiter bislang noch Unklarheit über den Weg, auf dem sich die Politik der Bourgeoisie verhalten wird, und über die Schwere bestand, die der Arbeiterklasse auch die Beteiligung einer Arbeiterpartei an dieser Politik angehen wird, so wird diese Unklarheit nun weichen. Dann dem Anschauungsunterricht, den die beginnende soziale Reaktion der Arbeiterklasse gibt.

### Ton und Sprache . . . .

Das Hauptblatt der „Technischen Nothilfe“, der „Vorwärts“, beidseitig sich in dem Leitartikel seiner Sonntagsausgabe mit dem Verbandstag der Metallarbeiter in Stuttgart. Das Blatt hat bisher über diese Tagung einen Bericht gebracht, der von der Generalversammlung bereits als tendenziös gekennzeichnet worden ist. So wird in der Sonntagsausgabe über das Referat des Vorstandsvorganges Bernice etwa eine halbe Spalte lang berichtet, das Korreferat Richard Müllers dagegen wird lediglich erwähnt, trotzdem es 2 1/2 Stunden in Anspruch nahm. Nachdem die Leser des Blattes auf solche Weise über den Verlauf des Verbandstages unterrichtet worden sind, hält der „Vorwärts“ die Zeit für gekommen, um in wüster Art auf die Generalversammlung loszuschimpfen. Wir haben in unserem heutigen Leitartikel eine kleine Probe aus der Schimpferei des Blattes bereits wiedergegeben. Es muß aber noch besonders festgestellt werden, was der „Vorwärts“ zu der Synthesenrevolution des Verbandstages für die freilichsten Metallarbeiter in Berlin sagt:

Die Wahrung des Klassenkampfes erfordert in erster Linie Behandlung des Berliner Streiks. Eine gelehrliche Resolution wird eingebracht, in geheimer Sitzung diskutiert und einer Redaktionskommission von zwei Kinderheimkinderleitern, einem Kommunisten und zwei vermeintlich unabhängigen Arbeitern. Erfolg: Vorlage einer Entschließung in Ton und Sprache aus der Zeit der Kinderstube der Arbeiterbewegung. Die Generalversammlung fordert zum Ausdrucken im Kampf auf. Das Kampfsujet war die Schaffung von fünf Lohnklassen, die das Streikkomitee und der Pfingststreik-Komitee für unannehmbar bezeichnen. Das sollte die Arbeit

zur Schaffung einer neuen Verhandlungsgrundlage bilden und gleichzeitig die zweite Teil des Verbandstages sein.

Dazu ist folgendes zu bemerken: Die Entschließung des Verbandstages zum Berliner Streik, die der „Vorwärts“ in so hässlicher Weise glossiert, ist einstimmig, also auch von der rechtssozialistischen Kinderstube, angenommen worden. In der Redaktionskommission saßen zwei rechtssozialistische, darunter der Stuttgarter Gaulleiter Karl Borchgrevink, dessen Vorstandsfreundschaft über jeden Verdacht erhaben ist. Wenn das Blatt der „Technischen Nothilfe“ also behauptet, daß die Entschließung in Ton und Sprache aus der Zeit der Kinderstube der Arbeiterbewegung stamme, so richten sich seine Angriffe nicht nur gegen die Opposition auf dem Verbandstage, und die streikenden Metallarbeiter in Berlin, sondern der „Vorwärts“ beschimpft seine eigenen Genossen.

Ueber den sonstigen Inhalt des Artikels brauchen wir heute nichts mehr zu sagen. Er ist entweder von einem politischen Wirtzopf oder von einem bewußten Feinde der Arbeiterklasse geschrieben worden.

### Ein Protest gegen die hohen Kosten der Besatzungsarmee.

Der Gesundheitsrat der Nationalversammlung hat beschlossen, der Nationalversammlung folgende Entschließung zur Annahme zu empfehlen:

Die Nationalversammlung nimmt davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Mächte auf Kosten Deutschlands im besetzten rheinischen Gebiet eine Armee haben, deren Unterhalt einschließlich der Ueberwachungskosten dem Deutschen Reich zur Zeit etwa 2 1/2 Milliarden jährliche Ausgaben verursachen wird. Da die Weiterzahlung dieser Beträge bei der wirtschaftlichen Lage Deutschlands unerträglich ist, und daher die Erfüllung der nötigen Verpflichtungen des Deutschen Reiches in Frage stellt, bittet die Nationalversammlung die Reichsregierung, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß:

1. die Besatzungsarmee nach Inkrafttreten des Friedens auf die für die Zwecke der Besetzung alsdann noch unbedingt erforderliche Stärke herabgesetzt wird sowie die Zahl der Truppen und ihre endgültige Unterbringung festgelegt und der deutschen Regierung mitgeteilt wird;
2. die Einrichtung der Reichsvermögensverwaltung der besetzten rheinischen Gebiete zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen Erfüllung der dem Deutschen Reich gemäß Artikel 8 des Rheinlandabkommens auferlegten Verpflichtungen unverzüglich erfolgt;
3. die Ausgaben für den hohen Ausschuh der alliierten und assoziierten Mächte, für Unterhaltung der alliierten und assoziierten Besatzungstruppen in den Rheinlanden und für Grundstückeverwertung, Neubauten und Umbauten anlässlich der Unterbringung der Besatzungstruppen auf das Maß zurückgeführt werden, welches zur lokalen Durchführung der Friedensbedingungen erforderlich ist;
4. daß die überaus starken Ueberwachungsanstalten für Heeres-, Marine- und Luftfahrangelegenheiten bedeutend vermindert werden, damit die für die Kommissionen in Anspruch genommenen Gebäude, deren Entziehung für das wirtschaftliche Leben Berlins auf die Dauer katastrophal wirken muß, teilweise wieder frei werden.

Die Berechtigung dieses Protestes kann man wohl anerkennen. Die Erfüllung der durch die Zustimmung zum Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen darf nicht bedeuten, daß nimmermehr die Entente einseitig ihre Ansprüche festsetzt ohne Rücksicht auf die Vereinbarungen und die Grenze unserer Leistungsfähigkeit.

Der Protest würde aber ohne Zweifel eine ganz andere Wirkung haben, wenn er verbunden werden könnte mit dem Nachweis, daß die Regierung auch die Ausgaben für ihre Truppen auf das denkbar niedrigste Maß herabsetzt und auch übererlaubt entschlossen ist, die Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Das kann sie aber nicht. Die Ausgaben für die Erhaltung der Regierungstruppen und was unter anderem Ration noch dazu gehört — Grenzsicherung, Einwohnerverschutz, Sicherheitspolizei, Heilfürsorge, Technische Nothilfe usw. — sind so hoch, daß sie die für die Besatzungsarmee geforderten 2 1/2 Milliarden jährliche Ausgaben um ein Vielfaches übersteigen. Ohne Zweifel könnte die Finanzverwaltung eine Anzahl von Gebäuden durch die Entente-Kommissionen das wirtschaftliche Leben Berlins; diese Befürchtung wäre aber viel leichter zu ertragen, wenn auch die vielfältigen Organisationen des Herrn Nolde veranlaßt würden, die von ihnen mit Beschlag belegten Gebäude und Räumlichkeiten aufzugeben.

### Der Kampf gegen Sowjet-Rußland.

Von der Petersburger Front.

St. Petersburg, 19. Oktober.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten von der Petersburger Front: sieben die Bolschewiken Karls Truppenmassen bei Petersburg und bei Odow am Peipussee zusammen. Aus Petersburg werden Straßenkämpfe gemeldet.

Amsterd., 19. Oktober.

Nach einem Bericht der „Times“ aus Kopenhagen heißt der westliche Teil von Kronstadt in Brand. Das Geschwader der Alliierten verhindert die bolschewistischen Kriegsschiffe daran, den Hafen zu verlassen, um sich an der Verteidigung von Petersburg zu beteiligen.

Die sozialistische und die agrarische Partei Finnlands haben in einer gemeinsamen Versammlung beschlossen, mit den Bolschewiken Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Englische Missionen in Delsingfors, die schon geschlossen hatten, nach England zurückzugehen, bereiten sich jetzt vor, nach Petersburg zu gehen.

### Proteste gegen die Blockade Rußlands.

Die Liga für Menschenrechte veröffentlicht in der „Humanität“ einen Protest gegen die geplante Blockade von Sowjetrußland.

Der italienische Parität hat nachstehende Protestresolution gegen die Aufrechterhaltung der Blockade Rußlands gefaßt:

„Der 16. Kongreß der italienischen sozialistischen Partei protestiert mit aller Kraft gegen das infame und verurteilte Vorgehen seitens der italienischen Regierung und der Entente gegen die russische Sowjetrepublik. Er richtet die Aufmerksamkeit des Proletariats auf den Beschluß des Berliner Kongresses, die Blockade, die das russische Proletariat auszuheben

will, zu verhindern und so jedes Recht der freien Selbstbestimmung dem russischen Volk zu nehmen.

Der Kongreß läßt der Parteileitung die Freiheit in einer neuen internationalen Aktion, um bei russischer Republik zu Hilfe zu kommen und so zu verhindern, daß die demokratische Revolution, wie in Ungarn, jede Öffnung für die proletarische Revolution in Blut ertränkt.

Er fordert das italienische Proletariat und die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auf, mit allen Mitteln darüber zu wachen, daß die Absendung von Waffen und Munition oder von anderen Unterstufungen für die gegen die Sowjetrepublik kämpfenden Reaktionen, mit allen Mitteln verhindert werde.

Der Kongreß begrüßt in der russischen Revolution die höchste Errungenschaft des Kampfes um die Verwirklichung des Kommunismus durch das internationale Proletariat.“

### Amnestie in Frankreich.

Verfaßt, 19. Oktober.

Die französische Kammer hat gestern das Gesetz über die Amnestie angenommen.

### Eine Note Clemenceaus über die Gründe des Kohlenmangels.

St. Germain, 18. Oktober.

Clemenceau richtete an den deutschösterreichischen Bevollmächtigten Grafen eine Note, in der er erklärte, daß nach dem Ergebnis der Untersuchung über die Kohlenfrage in Österreich der Kohlenmangel Mitteleuropas auf Mangel an Eisenbahnmateriale zurückzuführen sei. Der Oberste Rat habe daher beschlossen, dem Friedensvertrag mit Österreich beizutreten und den in Artikel 618 vorgesehenen Sachverständigenausschuß einzusetzen.

### Dankjagung.

Trotz der großen und schwerlichen Differenzen, die augenblicklich die Reihen der sozialistischen Kämpfer zerreißen, hat mir mein 65. Geburtstag die Sympathieausdrückungen so zahlreicher Freunde und Genossen gebracht, daß es mir unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken. Ich bitte jeden von Ihnen, mit dem Dank darüber zu nehmen, den ich hier absetze.

Es ist wohl überflüssig, weiß jeder verständlich, um noch das Versprechen hinzuzufügen, daß auch der Rest meines Lebens unserer großen Sache gewidmet sein soll, der ich seit fast einem halben Jahrhundert als Sozialist, seit vier Jahrzehnten als überzeugter Marxist diene. Ich hoffe noch den Tag zu erleben, an dem mir dies wiederum möglich sein wird als Mitglied einer gelebten Sozialdemokratie.

Damit in dieser trübten Welt der Humor nicht fehle, sei noch einer Stimmung besonderer Art gedacht, von der ich gerade an meinem Geburtstag Kunde bekam. Der gegenrevolutionäre Diktator Friedrich in Budapest hat verfügt, daß meine sämtlichen Schriften durch die Polizei zu verbrennen sind. Nicht sie allein. Ich bin in guter Gesellschaft. So ist auch das Kapitel von Marx dabei. Ich hoffe, daß diese Meinung mich nicht allzu beunruhigt macht.

Mit herzlichen und nachmaligen herzlichem Dank an meine Freunde  
Karl Lautsack  
Charlottenburg, 19. Oktober 1910.

### 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

(Schluß des 6. Verhandlungstages.)

Debes-Offenbach spricht für die Festlegung einer Wahlperiode der Delegierten. Er kommt zurück auf die Zeit des Krieges und stellt fest, daß auch Dittmann damals für Bewilligung der Kriegskredits und Verteidigung des Vaterlandes war. (Widerspruch.)

Reinhold-Memmel spricht sich für gegen die Kriegspolitik der Generalkommission sowie der

Diktatur eines Rohle aus.

Hans-Rittner wendet sich gegen eine Verflechtung mit dem russischen Bolschewismus und wohnt unter Hinweis auf Ungarn vor Nachabmung derartiger Experimente. Er will sich von der Richtigkeit der Parole: Diktatur des Proletariats überzeugen lassen, wenn es den Vertretern der Partei, die a ußerbien Boden hebt, gelungen ist, ihre eigenen prominenten Führer davon zu überzeugen. Er stellt die Behauptung auf, daß die Taktik der Opposition reaktionär ist und zur Pervertierung des Sozialismus führt, was ihm den Beifall der rechten Seite einträgt.

Emmerich-Essen fordert Aufhebung des Belagerungszustandes und der Räteverwaltung. Er tritt dafür ein, daß die Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes gestellt werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen und die Sitzung auf nachmittags 6 Uhr verlegt. — In der Nachmittagsung schließt das Schlußwort

Rummer: Er bezieht die Resolution Dittmann als unannehmbar. Sie spreche aus, daß die gesamte Kriegspolitik seit Ausbruch des Krieges verurteilt werde. Möge man das, so müsse man auch die politischen Verhandlungen ausgiebig erörtern. Des weiteren widerspricht er der Resolution, die behauptet, die Bildung von Arbeitsgemeinschaften habe die Arbeiterbewegung mit Unternehmern in hohem Grade zusammengeführt. Er kann nicht einsehen, daß durch die Arbeitsgemeinschaften der proletarische Klassenkampf nach Ausbruch der Revolution gehindert worden sei. Sehr klar wendet er sich gegen die Resolution, die verlangt, daß den Räteleuten das weitgehendste Mitspracherecht in der Selbstbestimmungsrecht in den Verwaltungsgeschäften gewährleistet werde, und diese über die Verwendung der lokalen Gelder beschließen können. Das würde zu unannehmbaren Konsequenzen führen. Er erinnert nur daran, daß eine Verwirklichung dieser 30 000 Mark an politische Parteien gegeben hätte. Das würde in Zukunft noch öfter vorkommen. Die ganze Resolution habe nur den Zweck, damit Dittmann im Lande als nobler Vertreter auftreten könne. Damit er zeigen könne, was er für ein revolutionärer Revol sei. Seine Freunde sollten die Resolution ablehnen. Wenn die Opposition auf die Zusammenarbeit Wert lege, müsse sie sich auf andere Grundstoffe stellen.

Dittmann beurteilt im Schlußwort nochmals scharf die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Das Berliner Schlußbeispiel zeigt, daß diese Taktik gewollt aber ungewollt

Schüler des Kapitals

sel. Wenns klar wendet er sich gegen die Ausführungen Debes. Nicht mit Ballistamitteln der Unterdrückung ist der Arbeiterklasse gedient, sondern mit revolutionärem Kampf zur Befreiung des Grundbesitzes. Der Ton der verschiedenen Redner der rechten Seite beweise alles anders als ehrlichen Willen zur Mitarbeit. Was sprach von der Umwandlung der Verhandlung nicht anders als von Revolutionen, Putzchen und Revolutionen romantisch. Es handle sich heute nicht darum, eine platonische Liebeserklärung dem Cezepel zu lassen, sondern



man versuchen, dem Proletariat durch den Zusammenschluß seiner Kraft die politische Macht zu geben. Durch bürgerlichen Parlamentarismus komme man nicht zum Sozialismus. Man solle dem Proletariat die politischen Machtmittel geben, den parlamentarischen Aufbau des Gesellschaftskörpers vorzunehmen, dann werde man auch die Revolution bekommen, die man brauche. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hängen sich nicht von den politischen trennen. Die eingetragene Revolution soll auf keinen Fall ein faules Kompromiß werden, sie sei der Niederschlag der grundsätzlichen Auffassung der Opposition. Die Abstimmung, die namentlich beantragt wird, werde zeigen, inwieweit man die abgegebene Erklärung zur Wahrheit bewerkstelligen will.

Reichel weist die Vorwürfe gegen den Hauptvorstand zurück. Gewiß sind damals Flugblätter hergestellt, aber die Tatsache muß auch berücksichtigt werden, daß die Druckerei von der Württembergischen Regierung in Anspruch genommen war. Wenn weiter die Abspaltungsbewegungen dem Vorstand zur Last gelegt werden, so ist das eben nicht mehr objektive Beurteilung. Weder nimmt im weiteren das Hilfsdienstgesetz in Schutz, dem vor allem wieder der Ruf zur Organisation zu verdanken sei. Das Angriffsdenken sei darauf zurückzuführen, daß man es nicht verstanden hat, das Gesetz völlig auszuheben. Mit seiner Erklärung zur Beendigung des Krieges habe sich der Hauptvorstand auf den Boden der gegenwärtigen Verhältnisse gestellt.

Die Sachverständige Erklärung mußte zurückgewiesen werden, da diese abgegeben worden sei, als die deutsche Delegation noch nicht vollständig in Amsterdam anwesend war. Rodwald lehnt es ab, Deutschland als allein schuldig am Ausbruch des Krieges zu erklären.

Reichel weist sodann die Auffassung zurück, daß, wenn der Krieg durch einen revolutionären Vorstoß des Proletariats früher ein Ende gefunden hätte, der Zusammenbruch nicht so einseitig geworden wäre. Er halte an der Auffassung fest, daß die von seinen Freunden eingenommene Stellung nicht im Interesse der Arbeiterklasse gelegen habe, als ein revolutionärer Vorstoß, der wohl Erfolg haben konnte nach dem Zusammenbruch auf dem Kriegsschauplatz. Zur Frage: Arbeitsgemeinschaften oder Rätesystem stellt Reichel nochmals fest, daß überall der demokratische Gehalt festgelegt habe und das Rätesystem da, wo es praktisch zur Anwendung gekommen wäre, zusammengebrochen sei. Er hält es für richtiger, die Frage an der Weiterentwicklung zu studieren und lehnt es ab, sich heute schon auf bestimmte Formen festzulegen.

Im Laufe seiner Ausführungen macht Reichel die von uns bereits bekanntgegebene Mitteilung, daß Alexander Schilde als Vorsitzender des Verbandes zurückgetreten sei. Schilde hat aus unbekannten Gründen sich nicht mehr persönlich von der Generalversammlung beurlaubt, sondern dem Kollegen Reichel folgende Schreiben zum Verlesen gegeben:

Kolleginnen, Kollegen!

Nach ständiger Tätigkeit schied ich aus meiner Stellung als Verbandsvorsitzender. Ich tue dies mit gemischten Gefühlen aber in Erfüllung meiner Pflicht. Daß mir der Abschied nicht leicht wird, brauche ich nicht zu erklären. Ich war dazu entschlossen, noch ehe die Reichelwahlen der heutigen Generalversammlung stattfanden. Die Entwicklung, die unser Verband genommen hat, machten es mir unmöglich, auch nur einen Teil der Verantwortung zu tragen, die das Amt des 1. Vorsitzenden verlangt. Ich schied in der Überzeugung, daß die jüngste Entwicklung des Verbandes unseren Mitgliedern nicht zum Vorteil gereicht. Nachdem aber das Wort die Macht über die Tat erzwungen hat, muß ich als aufrechter Mann, der zu sein ich mich sehr bemüht habe, mich von Euch trennen. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiterbewegung wie jede Volksbewegung etwaige Fehler aus sich heraus berichtigt. Sie hat das bisher getan mit großen Opfern. Diese zu vermeiden, war mein aufrichtiges Bestreben.

Wir bedürfen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft jeder Kraft. Diese geht von der Arbeiterklasse aus und muß von ihr ausgehen. Daraus ist die Einigkeit und die Geschlossenheit der Arbeiter erstes Gebot. Sie zu erreichen war mir stets vornehmste Aufgabe. Ihr entgegenzuwirken schien mir stets als das größte Verbrechen an der Arbeiterklasse. Das ist es heute mehr denn je.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist mein Lebensinhalt. Die Vereinigung der Metallarbeiter, gelisteter wie Handarbeiter, ist mein Ideal seit einem Menschenalter. Den Gedanken in die Massen geschleudert, ihn konsequent verfolgt und gepflegt zu haben, ist und bleibt mir Bedürfnis.

Kolleginnen, Kollegen! Ihr steht vor schweren Aufgaben. Nur Eure Einigkeit kann sie lösen. Holt Ihr Euch Entschlossenheit erproben, stellt Euch auf den Boden der Wirklichkeit. Laßt Euch nicht blenden durch Worte, schreit nicht aus die Stimme der Gefährungen, die in der Verbandsleitung verkörpert ist. Erfährt dieser nicht Ihre Aufgabe. Beurteilt sie wie Euch selbst.

Die Gewerkschaftsbewegung ist ihren Weg langsam gegangen, sie wird im weiter voranschreiten gehen. Sie zieht die führenden Geister in ihren Bann. An der Praxis geschieht jede ihre fremde Theorie.

Als Gegner von Entschlüssen, denen die Macht zur Durchsetzung fehlt, habe ich stets vor ihr gewarnt. Das ist der Gegensatz in unseren Anschauungen. Von zu überbrücken läßt ich mich zu schwach, besonders wo der Wille dazu zu fehlen scheint.

Darum trete ich in die Reihen der Mitglieder zurück, getrieben von der Überzeugung, dadurch die der Metallarbeiterklasse so notwendige Einigkeit erhalten zu können.

Alexander Schilde.

Reichel nimmt Worte des Abschieds an Schilde, lobt sein unermüdeliches Arbeiten unter den schwierigsten Verhältnissen für den Verband hervor. Das Verbandsstatut sei im wesentlichen Schildes Werk.

Der Vorh. Brandes und desgleichen Dörmann erkennen gleichfalls in warmen Worten die Tätigkeit des scheidenden Vorh. Schilde an und sprechen ihm den Dank der Kollegen aus.

Das A.B.V. hätte gewünscht, daß dem Kol. Schilde, der stets für die gesamte Organisation gewirkt hat, nicht von Parteien Dank ausgesprochen worden wäre, und schließt sich den Ausführungen Reichels an.

Nach mehreren persönlichen Bemerkungen mühte es sich die Abstimmung über die Dörmannsche Resolution kommen. Da in dieser ein Urteil über die Arbeitsgemeinschaften enthalten ist, erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, die Abstimmung nach der Klärung dieser Frage vorzunehmen.

Ein Antrag war gestellt, eine Kommission zu bilden, die ein festes Wahlreglement für die Verbandstage ausarbeitet. Das A.B.V. lehnt im Namen seiner Freunde eine Resolution ab, da dazu erst eine Sonderkommission erforderlich sei. Dörmann stellt die Sonderkommission der Generalversammlung fest, die wohl ein solches Wahlreglement ausarbeiten kann. Das A.B.V. erklärt nochmals, daß das eine Statutenänderung sei und lehnt es ab, das Statut zu ändern ohne zwei Drittel Mehrheit.

Es soll zur Abstimmung über den Antrag kommen. Zur Geschäftsordnung wird namentlich die Abstimmung beantragt, auf Vorschlag von Das A.B.V. nun jedoch zurückgezogen; die Abstimmung soll geschehen. Dörmann stellt den Eventualantrag, falls sich für den ursprünglichen Antrag keine zwei Drittel Mehrheit findet, eine Kommission zu wählen, die eine Wahlvorlage für den Vorstand ausarbeitet.

Der Vorsitzende schlägt vor, dem letzten Antrag zuzustimmen. Das A.B.V. ist der Meinung, daß man anderes übrig bleibt, als über den ursprünglichen Antrag die Zwei-Drittel-Mehrheit festzusetzen.

Es kommt zur Abstimmung: Für den Antrag stimmen 180 Delegierte, gegen ihn 120 Delegierte.

Die Zwei-Drittel-Mehrheit hat sich nicht ergeben. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß das Referat des Kol. Brandes verlesen wird.

## Wahrheit über die Januarunruhen.

Das Ergebnis der Zeugenerhebung Scheidemanns im Prozeß gegen die „Vorwärts“-Redaktion hat in den Arbeiterkreisen nicht gefallen und so muß den „Vorwärts“-Lesern die unbequeme Wahrheit als „Freiheit-Schwindel“ gemeldet werden.

Der stenographische Bericht beweist, daß unsere Behauptungen durchaus der Wahrheit entsprechen und den Sinn nicht verdrängen. Schon im Ledebourprozeß ist festgestellt worden, daß die Regierung zunächst zu höchsten Verhandlungen mit der revolutionären Arbeiterklasse bereit war. Erst als die württembergischen Verhandlungen des Stadtkommandanten Fischer in Schöneberg mit den Offizieren der Regierung die Hilfe der gegenrevolutionären Verbände des Truppenteils verweigerten, änderte die Regierung die Sprache.

Mitteilungen von der Macht, um nicht zum Vertreter an den Grundfragen des Sozialismus zu werden, heißt für die Sozialisten sich lächerlich machen. Daß die Januarunruhen aus dieser Auffassung der württembergischen Verhältnisse hervorgegangen sind, ist durch die Zeugenerhebung Scheidemanns bestätigt. Und darin liegt die Bedeutung dieser Aussage.

Vergleichen für den Charakter des „Vorwärts“ ist es, daß er über die Verhandlungen, soweit sie die Einordnung der Parliamentsfrage, die Verhandlung der Gefangenen und die provokatorischen Akte der Regierungspolitik betrifft, kein Wort berichtet. Diese Tendenz konnten wir schon beim Prozeß gegen den roten Soldatenbund feststellen. Sie behauptet zur Genüge, daß der „Vorwärts“ wohl jeder unwahren Behauptung über die Ursache der Januarunruhen Raum schenkt, hingegen alles, was die Schuld der Regierung und ihrer gegenrevolutionären Verbände betrifft, unterschlägt.

## Bezirks-Konferenz Teltow-Beeslow.

Die erste Bezirkskonferenz Teltow-Beeslow mit der Tagesordnung: Bericht von der Reichskonferenz, Anträge zum Parteitag und Wahl der Delegierten fand gestern im ehemaligen Herrenhause statt. Bezirken waren 51 Orte mit 197 Delegierten, der Parteivorstand mit einer Vertreterin, der Kreisvorstand durch 17 Mitglieder, Volksgutrat mit einem Vertreter, Freundschaftsammlung zwei und Nationalversammlung einem Abgeordneten.

Den

### Vericht über die Reichskonferenz

erstellte Gen. Bubeil. Bei der Frage: Zweite oder dritte Internationale verweilte er längere Zeit und stellte sich auf den Standpunkt, daß auch der kommende Parteitag sich in dieser Frage nicht endgültig festlegen dürfe. Das Revolutionsprogramm unserer Partei entspräche nicht mehr den jetzigen Verhältnissen. Den Rechtssozialisten müßte bewiesen werden, daß trotz Kasse-Verordnung und dem geplanten Antistreibgesetz die Arbeiterklasse sich ihre Rechte zu erkämpfen wisse. Der Referent gliederte den Ausdruck Behalt auf dem Parteitag in Jena, daß die Arbeiter Grundbesitzer seien, die es nicht fertig bekämen, im Interesse ihrer Klasse einige Wochen zu hungern.

Aber die

### Taktik der Partei

sprach als erster Redner Gen. Dr. Broß-Charlottenburg. Er verwies in der Frage des Parlamentarismus die Abstimmungsliste. Das Parlament sei eines unserer Kampfmittel und hätte seine Vor- und Nachteile. Die Gefahren des Parlamentarismus, die politische Verjüngung müßten den Genossen jedoch vor Augen geführt werden. Als Tribune müßte das Parlament auch fernerehin benutzt werden. Das Parteiprogramm bedürfe einer Revision. Es sei das Produkt eines überstürzt geschlossenen Kompromisses und leide an Pluralität. Man müsse sich endlich entscheiden, welche Parteirichtung die Führung zu übernehmen habe. Der Standpunkt Däumig, daß die Räte über der Partei stehen sollen, sei zu verworfen, es sei ein Zurückweichen vor alten Harmonielehren. Erst müsse eine einheitliche Grundanschauung hergestellt werden, dann könne man von einer Einigung der Arbeiterklasse reden. Den Räten müßten von der Partei die leitenden Gesichtspunkte gegeben werden. In der Frage der Diktatur müsse dem Gedanken abgeschrieben werden, daß durch einzelne Puffe die Macht erobert und behauptet werden könne.

Dörmann schloß sich im allgemeinen dem Vordem an. An den Räten, die uns unterstützen werden, müßten wir uns beteiligen. Der Parteitag müsse sich für parlamentarische Demokratie oder für das Rätesystem entscheiden.

Vogtler wünscht ebenfalls Beteiligung an den Parlamenten aus rein taktischen Gründen und fordert eine Änderung des Programms. Die Politik werde lediglich durch wirtschaftliche Forderungen bestimmt und deshalb könne keine Rede davon sein, daß die Räteorganisation einer Partei untergeordnet werde.

Harzer: Im Programm müsse festgelegt werden, was unter Rätesystem zu verstehen und wie der Aufbau gedacht sei. Däumig führte aus, daß wie in einer Zeit der latenten Revolution lebten, einer Revolution, die nicht zu vergleichen sei mit den Revolutionen von 1918, in das Rätesystem von Arbeitern hineingetretet seien. Durch das revolutionäre Rätesystem, das eine überparteiliche Einrichtung sein müsse, wäre das Proletariat zum Siege in der sozialen Revolution zu führen. Die indifferenten Massen seien mitzureifen. Die Partei spiele natürlich eine sehr wichtige Rolle. Ihr gehöre die geistige Führung und sie habe die Massen zu führen. Die Partei sei zu setzen auf den Kampf gegen die Kassepartei eingestellt; diese Streikbrecherpartei könne nicht anders handeln, wie sie es jetzt tue.

Paulus begründet einen Antrag Friedenau, daß die Beteiligung an den Parlamenten nur eine Frage der Taktik sei. Die Agitation sei nicht in diesem Sinne geführt worden und durch das Rätesystem habe man die Einigung des Proletariats nicht erzielt.

Genossin Rosenberg trat ebenfalls für eine Beteiligung an den Parlamenten ein. Sie lenkte das Interesse auf die Kleinarbeit und Auffklärung der Frauen.

In der Frage der Beteiligung an den Parlamenten gelangte folgender Antrag Friedenau zur Annahme: Die Versammlung des Ortsvereins Friedenau der U.S.V. beschließt die Beteiligung an den Parlamenten nicht als eine Frage des Prinzips, sondern als eine Frage der Taktik. Sie hält in der augenblicklichen politischen Lage eine Beteiligung an den Parlamenten für notwendig.

Ferner wurde ein Antrag des Ortsvereins Neuzölln angenommen, der besagt, daß jeder Abgeordnete nur auf jedenzeitigen Widerruf gewählt werden würde.

Es folgte nun die Besprechung über

### Unsere Stellung zur Internationale.

Genossin Remsch (Parteivorstand) stellte sich auf den Standpunkt, daß es Aufgabe des Parteitages sei, eine neue Bewegung, zum Ausdruck zu bringen, daß wir nach Moskau gehören würden. Der Parteivorstand habe Vorschläge nach jeder Richtung hin unternommen. Reiers verlangt ebenfalls den Anschluß an die Moskauer Internationale. Das bedeute in keiner Beziehung eine Unterordnung unter die Kommunisten. Die revolutionären Elemente aller Länder seien zusammenzufassen in einer revolutionären Internationale der Tat.

Bohne-Stöckel begründet einen Antrag, daß erst nach Genf gegangen werden solle, um revolutionär zu wirken. Wenn

die Rechtssozialisten aus der 2. Internationale nicht ausgeschlossen würden, solle der Anschluß an die 2. Internationale erstreckt werden.

Reiner-Johannishof fordert Ausbau der 2. Internationale. Unter keinen Umständen dürfe schließlich noch eine 4. Internationale geschaffen werden. Nur Einigkeit und Geschlossenheit der internationalen Arbeiterklasse könne alles im Wege der Einheit beiseite schieben.

Blösch-Friedenau ist für Zusammenfassung der beiden bestehenden Internationalen unter Aufsicht der eine Aktion kommenden Parteien. In die 2. Internationale sei ein Ultimatum zu richten, daß sie sich vor Verhandlungen entscheidet für die U.S.V. oder die kommunistische U.S.V.

Genossin Rosenberg tritt für eine Sammlung aller revolutionären Parteien in einer neuen Internationale ein.

Dr. Broß schlägt vor, daß Vorarbeiten getroffen werden zu einem Anschluß an die 2. Internationale, während Fortschritt eine Revolutionierung der 2. Internationale sehen möchte.

Nachstehender Antrag Neuzölln wurde einstimmig angenommen: Der am 19. Oktober 1919 tagende Bezirkskongress Teltow-Beeslow der U.S.V. erklärt, daß die 2. Internationale nicht mehr als Instrument des internationalen Klassenkampfes betrachtet werden kann.

Um ein Zusammenfassen aller internationalen, revolutionären Kräfte zu ermöglichen, möge der Parteitag den sofortigen Anschluß an die 2. Internationale beschließen und alle Kräfte anspannen, um auch die revolutionären Genossen der anderen Länder zum Anschluß an die 2. Internationale zu bewegen, um so eine wirklich revolutionäre Internationale zu schaffen.

Dann wurde eingetretet in die Aussprache über

### Die Gewerkschaftsbewegung.

Einblig-Schmargendorf führte aus, daß man von Lohnstreiks absehen müsse und forder geschlossene Streiks unter politischen Parolen. In den Gewerkschaften müsse man derselben sein aber als Ubergangsorganisationen zu betrachten und zu bewerten.

Genosse Vogtler und Genossin Remsch verwarfen ebenfalls die gewerkschaftliche Abstimmung, andernfalls könnten die Gewerkschaftsbureaucraten so weiter wurfeln wie bisher. Die Opposition habe in den Gewerkschaften zu verbleiben, um diese revolutionieren zu können. — Hilbig wünscht Ausarbeitung von Richtlinien für die Opposition in den Gewerkschaften.

Genossin Braunschweig wendet sich ebenfalls gegen ein Vergehen der oppositionellen Elemente aus den Gewerkschaften „Hinein in die Gewerkschaften“ habe die Parole zu lauten. Habe die Opposition die Oberhand, dann könne zur Gründung der Industrieverbände geschritten werden. Der Parteitag müsse schärfste Stellung gegen die von den Kommunisten propagierte Betriebsorganisation nehmen.

Es wurde dann ein Antrag Steglich angenommen, den den Parteitag aufzubest, eine klare Stellung zu nehmen zu den Zentralgewerkschaften und den von der U.S.V. propagierten Betriebsorganisationen.

Weiter wurden folgende Anträge angenommen:

### Antrag der Ortsgruppe Steglich.

Der Parteitag wolle beschließen eine Aufklärungsschrift herauszugeben, welche durch authentisches Quellenmaterial mit Quellenangaben beweist, daß es für Deutschland unter Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise unmöglich ist, durch Ausbeutung von Steuern, Zinsen oder indirekter Art, seine wirtschaftlichen Bedürfnisse zu erfüllen.

Dieses muß in leicht faßlicher Form gefaßt und wenig umfangreich sein und soll in dessen durch die Ortsvereine über das ganze Land kostenlos oder zu äußerst möglichem Preis verteilt werden.

Es ist in der Schrift besonders darauf hinzuweisen, daß eine Fortsetzung der kapitalistischen Wirtschaft bis zum unübersehbaren eine gewaltige schreckliche Katastrophe besonders für das Proletariat zur Folge haben muß!

### Antrag der Bezirksleitung Teltow-Beeslow.

Der Parteitag beauftragt die Zentralleitung, eine Broschüre herauszugeben, in der die Preisgabe des Arbeiterprogramms durch die Rechtssozialisten in den einzelnen Fällen dargestellt und erläutert wird.

### Ortsverein Friedenau.

Der Parteitag wird beauftragt, der politischen Erziehung der Frauen mehr Beachtung zu schenken.

### Ortsverein Neuzölln.

Auf die Tagesordnung des Parteitages als Punkt 1 zu setzen: Die Erobierung und Behauptung der politischen Macht.

In Anbetracht dessen, daß das Wohlbefinden der Partei in ungenügender Weise vor sich gegangen ist, die sozialistische Schulung und Bildung der Massen damit aber nicht Schritt gehalten hat, ist es Aufgabe der Partei es, unermüdelich Schritte zu unternehmen, um eine großzügige Bildungsarbeit zu organisieren.

Es sind zu schaffen:

- a) eine Bildungszentrale, bestehend aus Vertretern aller Bezirke; dieser unterstellt;
- b) ein Zentralbildungsinstitut, welches die Aufgabe hat, Richtlinien für die Reform des Schul- und Erziehungswesens zu geben, das gesamte Bildungswesen einheitlich zu regeln und eine Fachschule einzurichten.

Der Parteitag wird beauftragt, alle Kräfte einzusetzen durch intensive Aufklärung dahin zu wirken, das ganze Land zu revolutionieren und den Aufbau der Arbeiter- und Bauernräte in die Wege zu leiten, besonders durch Ausbildung von Referenten.

Zu Delegierten zum Parteitag wurden gewählt die Genossen Kunkler, Däumig, Sievers, Löwenstein, Vogtler, Fuhrman und die Genossinnen Braunschweig und Rosenberg.

Der Schluß forderte die Genossin Remsch auf, mehr für die Aufklärung der Frauen zu arbeiten, Abonnenten für die „Kämpferin“ und „Sozialistische Gemeinde“ zu werden.

## Gewerkschaftliches.

### An die technischen Angestellten und Beamten.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten fordert hiermit seine Mitglieder auf, sich an der vom Ortsrat Berlin der Arbeitergemeinschaft freier Angehöriger verbundene für die in der Metallindustrie streikenden Arbeiter veranstalteten Geldsammlung recht reg zu beteiligen.

Es sind besonders Sammelstellen angelegt worden, die in der Geschäftsstelle des Bundes, Berlin, N.W. 52, Weststraße 7, in Empfang genommen werden können.

Alle Betriebsvertrauensleute sollten es als ihre Pflicht ansehen, bei den Kollegen ihres Betriebes für tatkräftige Unterstützung der Sammlung zu sorgen. Hier gilt es zu beweisen, daß wir die allgemeine Arbeitersolidarität nicht als eine bloße Phrase ansehen, sondern gewillt sind, den Streikenden auch tatkräftig durch Geldmittel beizustehen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Berl.



